

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

Allmähliche Belebung der Inlandsnachfrage

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (1997) : Allmähliche Belebung der Inlandsnachfrage, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 7, pp. 416-421

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137504>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eckhardt Wohlers

Allmähliche Belebung der Inlandsnachfrage

Nach wie vor ist das Fundament der konjunkturellen Erholung schmal. Hauptproblem ist weiterhin die unbefriedigende Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wie sind die Aussichten für das nächste Jahr? Welche Probleme ergeben sich im Vorfeld der EWU?

Angesichts der anhaltend günstigen monetären und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Konjunktur in Deutschland, nach einer kurzen Pause im Herbst 1996, im Frühjahr dieses Jahres wieder angezogen. Nachfrage und Produktion sind insgesamt aufwärtsgerichtet, das Geschäftsklima und die Erwartungen der Unternehmen haben sich insbesondere in Westdeutschland spürbar verbessert (vgl. Schaubild 1). Nach wie vor ist das Fundament der konjunkturellen Erholung aber schmal. Getragen wird sie immer noch in erster Linie vom Export, der seit einem Jahr kräftig zunimmt (vgl. Schaubild 2). Ausschlaggebend dafür sind die zügige konjunkturelle Expansion in den Industrieländern und die deutliche Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch die kräftige reale Abwertung der D-Mark in den letzten anderthalb Jahren.

Gespaltene Konjunktur

Die Inlandsnachfrage blieb insgesamt schwach. Zwar gehen von den Lagerdispositionen der Unternehmen offenbar wieder stimulierende Einflüsse aus; dafür spricht etwa die deutliche Produktionsausweitung bei den Herstellern von Vorleistungsgütern in der ersten Jahreshälfte. Bei günstigen Exporterwartungen und merklicher Verbesserung der Erträge sind auch die Ausrüstungsinvestitionen leicht aufwärtsgerichtet. Dagegen schleppt sich der private Verbrauch bei nur geringem Einkommensanstieg und anhaltend ungünstiger Beschäftigungsentwicklung mühsam dahin.

Im Baubereich überwiegen trotz der Anregungen durch niedrige Zinsen und gedrückte Preise weiterhin dämpfende Einflüsse, so daß die Bauinvestitionen bei spürbarem Anstieg in Teilbereichen wie dem Eigenheimbau insgesamt rückläufig sind. Negativ zu Buche schlagen insbesondere die strukturellen Anpassungen im Geschößwohnungsbau, wo sich mit zunehmender

Entspannung am Wohnungsmarkt und der Einschränkung staatlicher Förderung die Renditeperspektiven erheblich eingetrübt haben. Im gewerblichen Bau wird die Investitionsneigung durch die immer noch unterausgelasteten Kapazitäten und die Zurückhaltung der Unternehmen bei Ausrüstungsinvestitionen gedämpft, im öffentlichen Bau durch die angespannte Finanzlage des Staates. Die strukturellen Probleme der Bauwirtschaft schlagen in Ostdeutschland wegen des großen Gewichts dieses Bereichs besonders stark zu Buche. Dort wurden die von der Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen ausgehenden Anregungen, die im Verarbeitenden Gewerbe zu einem deutlichen Anstieg von Auftragseingängen und Produktion führten, durch die retardierenden Effekte im Bau weitgehend aufgewogen.

Wesentliche Schwachstelle im derzeitigen Konjunkturzyklus ist weiterhin die Investitionstätigkeit. Obwohl sich die Ertragslage der Unternehmen spürbar verbessert hat und die Absatzaussichten sich insbesondere im Export merklich aufgehellt haben, werden die Ausrüstungsinvestitionen nur zögernd ausgeweitet. Sicherlich hat dazu die Krise im Bausektor beigetragen; dieser Bereich hat seine Investitionen zuletzt erheblich gedrosselt. Die deutlich stärkere Zurückhaltung größerer, international operierender Unternehmen bei Inlandsinvestitionen läßt zudem auf Standortprobleme schließen¹. Eine erhebliche Rolle spielt aber auch die derzeit recht große Unsicherheit; sie hat, wie auch ökonomische Modellrechnungen zeigen, einen beträchtlichen Einfluß auf die Investitionsentscheidungen².

Unsicherheit besteht hinsichtlich der Nachhaltigkeit der konjunkturellen Erholung, vor allem aber über den Kurs der Finanzpolitik. Zwar hat die Bundesregierung eine Reihe von Reformvorhaben auf den Weg gebracht, angesichts der vielfach notwendigen Zustim-

Dr. Eckhardt Wohlers, 53, ist Leiter der Abteilung Konjunktur, Geld und öffentliche Finanzen im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

¹ Vgl. dazu Günter Weinert, Eckhardt Wohlers: Verhalten aufwärts - Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft am Jahresbeginn 1977, HWWA-Report Nr. 161, 1997, S. 45 ff.

² Vgl. Wilhelm Mailand: Einfluß von Unsicherheit auf die Ausrüstungsinvestitionen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 5, S. 296 ff.

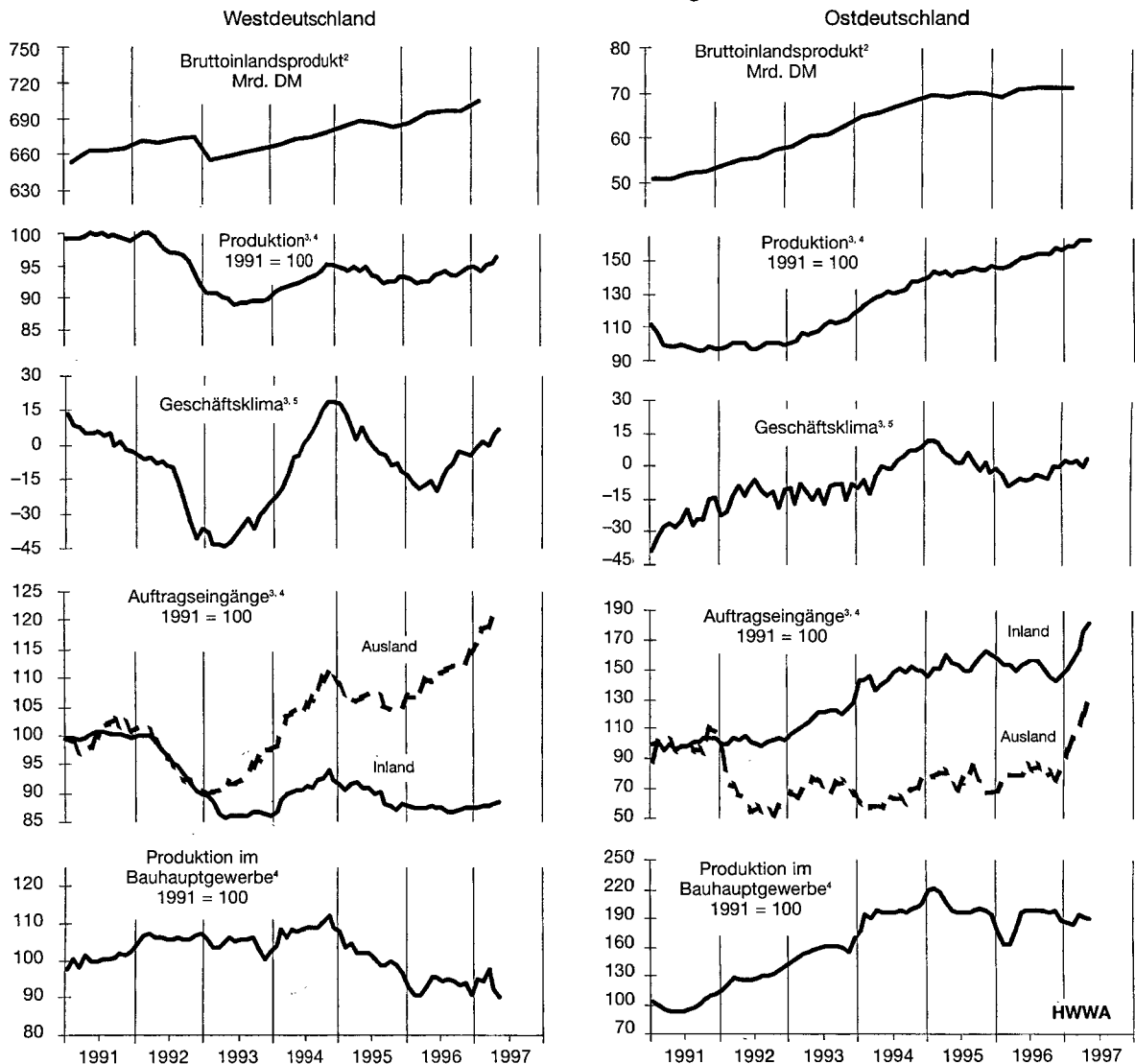
mung durch die Opposition ist derzeit aber nicht absehbar, was am Ende stehen wird. Die von der Lähmung der Wirtschaftspolitik ausgehenden retardierenden Effekte tragen wesentlich dazu bei, daß die Konjunktur nur mühsam vorankommt.

³ Vgl. Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Institut für Konjunkturforschung); HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg; ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Institut für Wirtschaftsforschung Halle; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1997, Essen, Berlin 1997, S. 23.

Angespannte Arbeitsmarktlage

Obwohl Nachfrage und Produktion seit nunmehr einem Jahr aufwärtsgerichtet sind, blieb die Zahl der Erwerbstätigen bis in das Frühjahr hinein in der Grundtendenz rückläufig. Der leichte Anstieg zuletzt war, ebenso wie der Einbruch um die Jahreswende, vorrangig die Folge von Sondereinflüssen; so führte die mangelnde Akzeptanz und Anwendung der geänderten Schlechtwettergeldregelung im Baugewerbe zu verstärkten temporären Freisetzungen³. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Frühjahr wieder spürbar gestiegen, doch haben auch dabei Sonderfaktoren eine Rolle

**Abbildung 1
Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland¹**



¹ Saisonbereinigte Werte, Saisonbereinigung nach ASA II (HWWA-Version). ² In Preisen von 1991, Vierteljahreswerte. ³ Verarbeitendes Gewerbe. ⁴ Gleitende Dreimonatsdurchschnitte. ⁵ Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ifo Institut; eigene Berechnungen.

gespielt. So sind in West- wie auch in Ostdeutschland durch die Einschränkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wieder mehr Personen in die registrierte Arbeitslosigkeit zurückgefallen; verdeckte wurde dadurch zur offenen Arbeitslosigkeit. Die anhaltend ungünstige Entwicklung am Arbeitsmarkt ist zum Teil Folge der Anpassungskrise im Baugewerbe, in Westdeutschland geht fast 30% des Beschäftigungsrückgangs seit Ende 1995 allein auf das Konto des Bauhauptgewerbes, in Ostdeutschland rund ein Viertel.

Gleichwohl zeigt sich auch am Arbeitsmarkt ein Hoffnungsschimmer. So deutet die Verlangsamung des Beschäftigungsrückgangs im Verarbeitenden Gewerbe darauf hin, daß die durch den Lohn- und Aufwertungsschock vom Frühjahr 1995 ausgelöste Rationalisierungswelle allmählich ausläuft; dafür spricht auch, daß sich inzwischen der D-Mark-Kurs wieder deutlich zurückgebildet und der Lohnanstieg spürbar ermäßigt hat. Ferner zeigen Umfragen des ifo Instituts⁴, daß die Zahl der Unternehmen, die einen Beschäftigungsabbau planen, beträchtlich gesunken ist. Schließlich sind die Zugänge an Arbeitslosen, die ein zeitnäherer Indikator für Freisetzungen sind als die Zahl der Arbeitslosen und dieser in der Regel voraus-

eilen, bereits seit einigen Monaten rückläufig. All das spricht dafür, daß die konjunkturelle Belebung allmählich auch auf den Arbeitsmarkt übergreift.

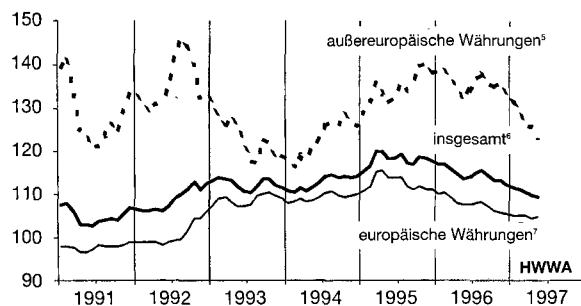
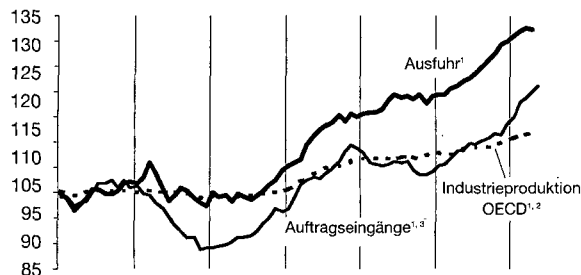
Angesichts der günstigen monetären Rahmenbedingungen gibt es begründete Aussicht, daß sich die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern fortsetzen wird. Von der Geldpolitik gehen in den meisten europäischen Ländern – im Gegensatz zur Finanzpolitik, die nahezu überall einen mehr oder minder strikten, kurzfristig die Nachfrage dämpfenden Konsolidierungskurs verfolgt – spürbare Impulse aus, die wegen der Wirkungsverzögerungen noch geraume Zeit die Entwicklung prägen werden. Ähnliches gilt auch für Japan; lediglich in den USA wurden die geldpolitischen Zügel leicht angezogen. Die kurzfristigen Zinsen haben denn auch in den meisten Ländern ein sehr niedriges Niveau erreicht; gleiches gilt für die Kapitalmarktzinsen.

Angesichts der weitgehend spannungsfreien Entwicklung und des ruhigen Preisklimas spricht derzeit insbesondere in Europa wenig für einen Kurswechsel in der Geldpolitik und ein Wiederanziehen der kurzfristigen Zinsen. Zwar ist nicht auszuschließen, daß mit der Festigung der Konjunktur und mit steigender Kapazitätsauslastung die Bundesbank – und in ihrem Gefolge möglicherweise auch andere europäische Zentralbanken – ein Zinssignal setzt, um ihren Stabilitätswillen zu betonen; dies gilt um so mehr, je stärker die Finanzpolitik vom Konsolidierungskurs abrickt. Eine entsprechende leichte Zinsanhebung ist aber wohl erst für 1998 zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist auch am Kapitalmarkt eine nachhaltige Zinswende vorerst wenig wahrscheinlich. Zwar wird mit der Festigung der Konjunktur in Europa und Japan auch die Kapitalnachfrage privater Investoren zunehmen, dem stehen aber die anhaltenden Bemühungen der öffentlichen Hände gegenüber, die Haushaltsdefizite zu verringern. Überdies dürfte in den USA die – mit der leichten Zinsanhebung im Frühjahr angestrebte – Begrenzung des Konjunkturanstiegs auch die Kapitalnachfrage tendenziell dämpfen. Sollte allerdings die amerikanische Wirtschaft weiterhin deutlich rascher als das Produktionspotential expandieren, sind erneute Zinsschritte der amerikanischen Zentralbank im Laufe dieses Jahr wahrscheinlich. Bei einer solchen Entwicklung würde es wohl auch zu Zinssteigerungen am „längeren Ende“ kommen, die wegen des internationalen Zinsverbundes nach Europa überschwappen und dort den Fortgang der konjunkturellen Erholung gefährden könnten. Doch davon wird für die Prognose nicht ausgegangen.

Abbildung 2

Indikatoren zur Außenhandelsentwicklung



¹ Gleitende Dreimonatsdurchschnitte saisonbereinigter Werte, Saisonbereinigung nach ASA II (HWWA-Version), 1991 = 100. ² Als Indikator für die Weltkonjunktur. ³ Auslandsaufträge des Verarbeitenden Gewerbes. ⁴ Auf Basis der Verbraucherpreise, 1985 = 100. ⁵ Gegenüber japanischem Yen, kanadischem Dollar, US-Dollar. ⁶ Gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern. ⁷ Gegenüber den Währungen von 15 europäischen Ländern.

Quelle: Deutsche Bundesbank; OECD; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

⁴ Ifo-Konjunkturtest: Sonderfragen zur Arbeitskräftenachfrage.

Schwer einzuschätzende Risiken ergeben sich im Hinblick auf die Europäische Währungsunion (EWU). Im Frühjahr 1998 fallen die Entscheidungen über den Beginn sowie über Größe und Zusammensetzung des Teilnehmerfeldes, außerdem über das Verfahren zur Festlegung der Umrechnungskurse. All das hat erhebliche Konsequenzen für die Erwartungsbildung an den Finanz- und Devisenmärkten und damit auch für wichtige konjunkturelle Rahmendaten wie Zinsen und Wechselkurse. Bisher deutete vieles auf einen termingerechten Beginn der 3. Stufe mit großem Teilnehmerkreis hin. Die Referenzwerte für das Inflations- und das Zinskriterium werden von nahezu allen Beitrittskandidaten erreicht, und auch dem Referenzwert für das Budgetkriterium werden die meisten zumindest sehr nahe kommen⁵. Erheblich überschritten wird zwar weiterhin zumeist der Referenzwert für den Schuldenstand, doch wird dies offenbar von keiner Seite mehr als Beitritts hemmnis angesehen.

Mit dem Regierungswechsel in Frankreich ist die Unsicherheit über den fristgerechten Start sowie das Teilnehmerfeld der EWU indes wieder größer geworden. So wird die französische Regierung im Konflikt zwischen kurzfristigem Beschäftigungsziel und strikter Kriterienerfüllung im Zweifelsfalle einer „weiche- ren“ Auslegung des Budgetkriteriums das Wort reden, statt den Konsolidierungskurs zu verschärfen; andere Länder könnten diesem Beispiel folgen. Das mindert zwar die Gefahr, daß die konjunkturelle Erholung in Europa durch weitere Sparmaßnahmen zusätzlich belastet und beeinträchtigt wird, es nährt aber Zweifel an der Nachhaltigkeit der Stabilitätsbemühungen und damit letztlich an der Wertbeständigkeit des Euro. Die Abwertung der D-Mark und der Währungen anderer potentieller EWU-Teilnehmer gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber dem britischen Pfund, in den letzten Monaten spiegelt sicherlich schon eine gewisse Skepsis gegenüber der Stabilität des Euro wider.

Für die Prognose wird trotz der Unwägbarkeiten unterstellt, daß die EWU termingerecht mit einem großen Teilnehmerfeld starten wird und daß Umfang und Zusammensetzung für die Finanzmärkte keine große Überraschung bieten, so daß von daher keine

zusätzlichen Turbulenzen an den Märkten zu erwarten sind. Es wird zudem davon ausgegangen, daß aufgrund eines gewissen Mißtrauens gegenüber dem Euro die Währungen der Beitrittskandidaten gegenüber Drittwährungen wie dem Dollar nochmals leicht nachgeben werden. Ferner wird angenommen, daß mit der Entscheidung über den Teilnehmerkreis auch das Verfahren der Währungsumstellung festgelegt und glaubhaft vertreten wird, so daß es nicht mehr zu größeren Verschiebungen zwischen den EWU-Währungen kommt⁶. Schließlich wird unterstellt, daß sich nach der Festlegung noch bestehende Differenzen bei den kurzfristigen Zinsen zwischen den einzelnen Ländern bald einebnen, und daß sich die Angleichung zum großen Teil über Zinssenkungen in den „Hochzinsländern“ vollzieht⁷.

Fortsetzung des Konjunkturanstiegs

Unter diesen Bedingungen wird sich die konjunkturelle Erholung in Europa im Vorfeld von Maastricht fortsetzen; ähnliches gilt auch für die außereuropäischen Länder⁸. In Deutschland wird schon wegen des günstigen weltwirtschaftlichen Umfeldes der Export eine Stütze der Konjunktur bleiben. Überdies wird die wechselkursbedingte Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit noch einige Zeit nachwirken, und gegenüber Drittwährungen ist ein nochmaliges leichtes Nachgeben der D-Mark zu erwarten. Der Export wird deshalb anhaltend kräftig expandieren (vgl. Tabelle); der Anteil am Welthandel wird weiter zunehmen.

Aber auch von der Inlandsnachfrage werden vermehrt Impulse kommen, so daß die konjunkturelle Belebung an Breite gewinnen wird. Angesichts der günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen wird verstärkt in Ausrüstungsgüter investiert werden. So hellen sich die Absatzaussichten weiter auf, die Ertragslage wird sich als Folge der kräftigen Rationalisierungen, einer moderaten Lohnentwicklung und auslastungsbedingter Produktivitätssteigerungen nochmals verbessern, und bei den niedrigen Zinsen werden Investitionen in das Sachkapital gegenüber Finanzanlagen zunehmend attraktiver. Eine nachhaltige Besserung der politischen Rahmenbedingungen ist dagegen vorerst wenig wahrscheinlich; die Unsicherheiten über den Fortgang wichtiger Reformvorhaben und den Kurs der Finanzpolitik werden das Investitionsklima weiter spürbar belasten.

Beim privaten Verbrauch wird das Bild zunächst noch von der ungünstigen Arbeitsmarktlage geprägt. Bei Festigung der Konjunktur und der damit einhergehenden allmählichen Besserung der Beschäftigungssituation wird er aber im nächsten Jahr wieder stärker expandieren. Dagegen wird der Bau weiterhin auf der

⁵ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1997, a.a.O., S. 3 f.

⁶ Bei konsequenter Anwendung ist sowohl das Leitkursverfahren als auch das Durchschnittskursverfahren (Ermittlung des Umrechnungskurses als Durchschnitt aus mehreren Jahren) geeignet, Spekulationen gegen einzelne Währungen zu unterbinden.

⁷ Zu den Gründen vgl. Eckhardt Wohlers: Konjunktur ohne Schwung, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 3, S. 174.

⁸ Eine ausführliche Darstellung der weltwirtschaftlichen Entwicklung folgt im Konjunkturforum des nächsten WIRTSCHAFTSDIENST.

Schattenseite der Konjunktur stehen. Insbesondere im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau wird sich die Lage nur langsam bessern, so daß die Bauinvestitionen deutlich hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben werden. Angesichts der strukturellen Hemmnisse im Baubereich und der Belastungen durch die Finanzpolitik wird die Konjunktur in Deutschland auch weiterhin keine allzu große Dynamik entfalten; das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um etwa 2¼%, 1998 um 2¾% steigen. Eine nachhaltige Besserung der Lage am Arbeitsmarkt ist dabei nicht zu erwarten. Immerhin dürfte die Beschäftigung in der zweiten Hälfte dieses Jahres ihren Tiefpunkt erreichen und im nächsten Jahr wieder leicht zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 1997 wird die Zahl der Erwerbstätigen aber nochmals deutlich niedriger als im Vorjahr sein. Die Zahl der Arbeitslosen wird reichlich 4,3 Mill. betragen und auch 1998 noch deutlich über 4 Mill. liegen.

Von der Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen profitiert zwar auch die ostdeutsche Wirtschaft. Hier schlagen aber die Anpassungsprobleme in der Bauwirtschaft weiterhin stark zu Buche; die davon ausgehenden dämpfenden Effekte können wegen der geringen Eigendynamik in anderen Bereichen nur schwer kompensiert werden. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts wird deshalb in Ostdeutschland vorerst kaum stärker sein als im Westen, und die Lage am Arbeitsmarkt wird sich eher nochmals etwas verschlechtern. Unter die-

sen Bedingungen ist eine nennenswerte Reduzierung der Transfers in die neuen Bundesländer kaum möglich, zumal es sich dabei zum überwiegenden Teil um gesetzlich festgelegte Sozialleistungen handelt. Um den Aufholprozeß wieder voranzubringen, ist neben der Straffung und einem effizienteren Einsatz der Förderung wohl sogar eine befristete Aufstockung der Mittel notwendig; sie müßte allerdings durch eine zurückhaltende Lohnpolitik flankiert werden.

Angesichts des verhaltenen Expansionstempos und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit wird der Referenzwert für das EWU-Budgetkriterium trotz der ergriffenen Sparmaßnahmen kaum zu erreichen sein. Unter den der Prognose zugrundeliegenden Annahmen wird das Finanzierungsdefizit des Staates in der maßgeblichen Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in diesem Jahr in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 3,2% betragen; um auf den Referenzwert von 3,0% zu kommen, wäre eine weitere Reduzierung um 7 Mrd. DM notwendig. Erst im nächsten Jahr würde der Referenzwert mit 2½% deutlich unterschritten. Bei der Ermittlung des Budgetdefizits ist unterstellt, daß die bereits beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen – u.a. Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes und in der Gesetzlichen Krankenversicherung – wie geplant durchgeführt werden. Es wird ferner davon ausgegangen, daß die von der Bundesregierung im Jahressteuergesetz 1998 vorgesehenen und vom Finanzausschuß des Bundestages verabschiedeten Maßnahmen – u.a.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

| | Deutschland | | | | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | | | |
|--|-------------|-------|-------|------|-----------------|------|------|------|----------------|------|------|------|
| | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 |
| Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 1,9 | 1,4 | 2¼ | 2¼ | 1,6 | 1,3 | 2¼ | 2¼ | 5,3 | 2,0 | 2,5 | 3,0 |
| Privater Verbrauch | 1,8 | 1,3 | 1,0 | 2,0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Staatsverbrauch | 2,0 | 2,4 | 1,5 | 1,0 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Ausrüstungen | 2,0 | 2,4 | 4,5 | 6,5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Bauten | 1,2 | -2,7 | -0,5 | 0,5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Inlandsnachfrage | 2,1 | 0,8 | 1,5 | 2,5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Ausfuhr | 5,9 | 4,9 | 8,0 | 6,5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Einfuhr | 6,4 | 2,6 | 5,0 | 5,5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Erwerbstätige ² (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | -0,3 | -1,2 | -1,0 | 0,5 | -0,6 | -1,0 | -1,0 | 0,5 | 1,1 | -1,7 | -2,5 | 0,0 |
| Arbeitslose (1000 Personen) | 3612 | 3965 | 4325 | 4225 | 2565 | 2796 | 3025 | 2925 | 1047 | 1169 | 1300 | 1300 |
| Arbeitslosenquote ³ (in %) | 9,4 | 10,3 | 11,3 | 11,0 | 8,3 | 9,0 | 9,7 | 9,4 | 14,1 | 15,7 | 17,6 | 17,6 |
| Verbraucherpreise ⁴ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr) | 1,8 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,7 | 1,4 | 1,5 | 1,5 | 1,0 | 2,2 | 1¾ | 1¾ |
| Finanzierungssaldo des Staates ⁵ (in % des BIP) | -3,5 | -3,8 | -3,2 | -2,5 | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Leistungsbilanzsaldo ⁶ (Mrd. DM) | -33,8 | -20,9 | -10,0 | 0,0 | - | - | - | - | - | - | - | - |

¹ In Preisen von 1991. ² Im Inland. ³ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortskonzept); West- und Ostdeutschland; Arbeitslose in % der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortskonzept). ⁴ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. ⁵ 1995 ohne Verbuchung der Schuldenübernahme der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft als Ausgaben und der Kapitalübernahme der Deutschen Kreditbank als Einnahme. ⁶ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit. 1997 und 1988: HWWA-Prognose, Angaben gerundet.

Senkung des Solidaritätszuschlags und Vorziehen eines Teils der Steuerreform auf das Jahr 1998 – in der vorliegenden Form umgesetzt werden; im kommenden Jahr fällt die steuerliche Entlastung damit spürbar geringer aus als zunächst geplant. Schließlich ist angenommen, daß die Bundesbank als Folge einer Höherbewertung der Devisenreserven 1998 einen deutlich höheren Gewinn an den Bund abführt als in diesem Jahr.

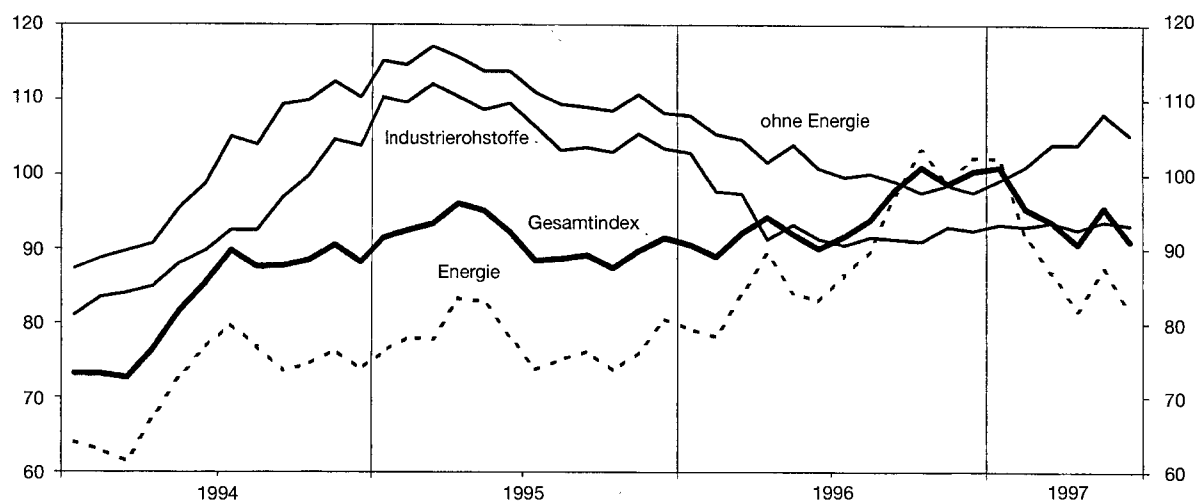
Bei der Beurteilung der Zahlen für das Budgetdefizit ist aber zu berücksichtigen, daß der Unsicherheitsgrad derzeit besonders groß ist. So bereitet die Schät-

zung der Einnahmen beträchtliche Probleme, da der Zusammenhang zwischen Steueraufkommen und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung durch die häufigen Steuerrechtsänderungen der vergangenen Jahre und die Maßnahmen zur Förderung des „Aufbaus Ost“ erheblich gestört ist⁹. Auch könnten Ausgaben auf Anfang 1998 hinausgeschoben werden. Ferner hat die Forderung nach Höherbewertung der Währungsreserven gezeigt, daß auch die Bundesregierung offenbar nicht immun ist gegen eine „kreative“ Buchführung. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß für die Berechnung des für die EWU-Entscheidung relevanten Budgetdefizits wahrscheinlich ein Konzept zugrunde gelegt wird, das von dem bisher in der amtlichen Statistik - und auch hier - verwendeten leicht abweicht und das zu einem etwas niedrigeren Finanzierungssaldo führen würde¹⁰. In „harmonisierter“ Abgrenzung könnte das Budgetdefizit so möglicherweise den Referenzwert doch noch erreichen.

⁹ Vgl. Konjunkturschlaglicht: Steuerschätzung erneut ungünstiger, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 77. Jg. (1997), H. 6, S. 359.

¹⁰ Bei der Bewertung der fiskalpolitischen Größen wird wahrscheinlich die Abgrenzung der 2. Auflage des ESVG (Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) zugrunde gelegt. Sie hatte bisher lediglich Empfehlungscharakter und wurde in der deutschen Gesamtrechnung nicht umgesetzt. Nach dem ESVG werden u.a. die Investitionen der staatlichen Krankenhäuser teilweise anders behandelt als in der deutschen Gesamtrechnung; die Ausgaben des Staates fallen dadurch etwas geringer aus.

HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe



1990 = 100, auf US-Dollar-Basis.

| HWWA-Index mit Untergruppen* | 1996 | Dez. 96 | Jan. 97 | Feb. 97 | März 97 | April 97 | Mai 97 | Juni 97 |
|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|----------------|-----------------|----------------|
| Gesamtindex | 94,3 (3,3) | 100,5 (9,9) | 101,0 (11,6) | 95,4 (7,3) | 93,6 (1,6) | 90,6 (-3,8) | 95,5 (3,8) | 91,1 (1,1) |
| Gesamtindex, ohne Energie | 101,4 (-9,6) | 97,6 (-9,8) | 99,3 (-8,0) | 101,1 (-4,1) | 104,1 (-0,6) | 104,1 (2,4) | 108,1 (3,9) | 105,4 (4,5) |
| Nahrungs- und Genußmittel | 124,6 (-2,1) | 113,0 (-7,5) | 117,0 (-4,5) | 125,2 (-2,3) | 135,3 (7,1) | 138,3 (4,3) | 151,0 (11,1) | 141,7 (9,8) |
| Industrierohstoffe | 93,7 (-12,6) | 92,5 (-10,7) | 93,3 (-9,3) | 93,0 (-4,9) | 93,5 (-4,0) | 92,6 (1,4) | 93,7 (0,4) | 93,1 (2,0) |
| Agrarische Rohstoffe | 96,0 (-13,8) | 95,5 (-11,1) | 94,6 (-12,9) | 93,2 (-6,2) | 92,9 (-5,5) | 93,0 (5,6) | 92,7 (1,8) | 92,2 (-0,6) |
| NE-Metalle | 88,0 (-15,8) | 86,1 (-14,5) | 90,3 (-4,2) | 91,4 (-3,0) | 93,7 (-1,6) | 90,2 (-5,0) | 94,3 (-1,6) | 93,5 (8,5) |
| Energierohstoffe | 89,7 (15,5) | 102,4 (27,1) | 102,2 (29,0) | 91,7 (17,3) | 86,9 (3,5) | 81,8 (-8,4) | 87,3 (3,8) | 81,8 (-1,5) |

* 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. 040/3562-316/320